



# Der Sieg der Anvernunft.

Von einem unserer politischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Seit Jahren bemühen wir uns in Deutschland, den unerlässlichen Forderungen nachzukommen, die selbsterhellend in Versailles gegen uns aufgestellt und im Londoner Ultimatum vor fast einem Jahre siffermäßig fixiert wurden. Ob und eindringlich haben die Sachverständigen aus allen maßgebenden und wirtschaftlich bedeutenden Staaten, auch in den Reihen des Bundes unserer Genossen, selbst nachzuweisen, daß ohne eine vernünftige Sättigung der ungeschwächten Schuldsumme — ohne ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen den früheren Kriegsgegnern nicht nur Deutschland von jedem Wiederaufstieg und damit auch von der Möglichkeit zur Bezahlung der ihm aufzuerlegenden Schulden ferngehalten wird, sondern auch die Gläubiger selbst ihre Sorgen nicht lösen werden können. Gegen all diese von den ausschließlich politisch und nicht wirtschaftlich denkenden Gewaltmächtigen, die im Reparationsausschuß in Paris und im Obersten Rat beieinander saßen, alle beratigen Ermahnungen in den Wind geschlagen und die ursprünglichen Forderungen immer mit erneuter Hornaderkeit bekräftigt worden. Auch jetzt ist es so weiter gegangen. Der Sinn der neuen Note der Reparationskommission, die von einem so langen Verleugern an dem Reichstag besteht, ist nicht anders, als das jenseitige Londoner Ultimatum in seinem hohen Umfang aufrechterhalten und nur für dieses Jahr — und auch das nur unter vielen Vorbehalten — um einen Bruchteil vermindert wird, der uns jedoch keineswegs genügt, sondern nur ein Stück zu werden soll. Während nämlich nach dem Londoner Zahlungsplan für das Jahr 1922 über 3 Milliarden Goldmark zu entrichten gewesen wären, bleibt nunmehr eine Gesamtsumme von 2170 Millionen für dieses Jahr übrig, die zu etwa einem Drittel in bar und zu zwei Dritteln in Zahlungsansprüchen zu erfüllen ist.

Der Unterschied ist also so gering und übersehbar vor allen Dingen das, was wir selbst als äußerste Mäßigkeit der Bezahlung auf Grund unserer wirtschaftlichen Lage anzuwenden haben, so weit, das von irgendwelchen außenpolitischen Erwägungen getrennt, die sich im Londoner Ultimatum nicht mehr als Rede sein kann. Die Sinnlosigkeit der neuen Forderung liegt vor allem darin, daß sie ohne jede Rücksicht auf die inzwischen katastrophale wirtschaftliche Abwärtsentwicklung aufgestellt worden ist. Das Verbot der Papiermark zu für die Ablösung an die Entente allein maßgebenden Goldmark hat sich in den letzten Monaten dermaßen verschärft, daß die gesamte monatliche monatliche Arbeit an dem neuen Steuerprogramm sich heute schon als vollkommen überholt und in ihrem Ergebnis als gänzlich unzureichend herausstellt, obwohl sie doch nach übereinstimmendem Urteil aller am Steuerkompromiß beteiligten Parteien das Höchstmögliche ist, was man gemeinsam für eben noch erträglich hielt. Um die Differenz zwischen dem neuen deutschen Finanzplan und dem weit darüber hinausgehenden Forderungen der Entente einzunehmen, auszuweichen, veranlaßt die Reparationskommission von uns, daß wir binnen zwei Monaten neue Steuern in einem Gesamtbetrag von 60 Milliarden Papiermark durch den Reichstag bewilligen lassen. Wie wir sie aufzulegen sollen, dafür läßt uns die Kommission selbst sorgen, aber sie will dann um so energischer kontrollieren, wie wir das anfangen werden.

In letzterem Zusammenhang sind die Regierung, Parteien und öffentliche Meinung darüber einig, daß es so nicht geht. Der nächste Gedanke, der daraus folgt, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre die Verwirklichung einer neuen Regierung. Sehr rasch hat sich jedoch die Erwägung eingestellt, daß zunächst einmal genau geprüft werden muß, inwiefern durch Verhandlungen mit der Reparationskommission eine Milderung des neuen Pfandes erreicht werden kann, und weiterhin, durch welche Mittel es möglich sein würde, dem weiteren Abgleiten auf der schiefen Ebene, auf der uns die Hartnäckigkeit der Reparationskommission überreichlichen und russischen Zuständen entgegenstellt, Einhalt zu tun. Das wir, wenn die Entente nicht einleitet, um eine Kritik von unabsehbaren Folgen nicht herum kommen, davon ist man nicht nur bei den rechtschinkenden Parteien überzeugt. Man sieht voraus, daß der anstehende Parteitag, der nach solche Krise natürlich nur beschleunigt werden kann, eine immer weiter sich greifende Verengung der Bevölkerung nach sich zieht, und ein rechtschinkendes Blatt droht, daß wir auf diesem Wege einer zweiten Revolution entgegengehen,

gegen die der Umfassung vom 9. November nur ein Anzeichen gegeben sei. Einen Weg zur Erfüllung der gegenständlichen Forderungen sieht niemand. Selbst die Unabhängigen erklären es als sehr fraglich, ob die Forderung der hohen Ergänzungssteuern in der von der Entente verlangten Frist erfüllbar ist. Eine mitteleuropäische Stimme will einen Ausdecker darin finden, daß uns von Jahr zu Jahr neue Anleihen kommen werden, mit denen wir die Anleihen selbst auf längere Zeit nur die Zinsen und die Amortisationsraten aufzubringen hätten. Das ist aber gerade ein Vorzeichen, der eine grundsätzliche Wandlung in der Siffermanahme der Mächte zur Voraussetzung hat.

Die neue Note stellt sich wieder einmal als ein Sieg der französischen Wünsche über die Maßnahmen der englischen und italienischen Mitglieder der Reparationskommission dar. International gesehen, kann keine Wirkung im Voraussetzungsfall nach ein Sabbatage der von den Franzosen oberhalb nicht am gleichen Konferenz von Genoa zu bedeuten. Innerpolitisch wirkt uns diese Forderung wieder auf denselben Punkt zurück, an dem wir vor Monaten die schwierige Steuerarbeit begannen. Nur, daß wir jetzt ein großes Stück tiefer auf der schiefen Ebene stehen als damals und die neue Arbeit eines Wirtschaftsausschusses mit den Ministern und eines Verlaufs zur Aufbringung neuer Steuern unter weit ungünstigeren Voraussetzungen in Angriff nehmen müssen.

## Beurteilung in Amerika.

Die amerikanischen Regierungskreise sind über die Note der Reparationskommission mit Bezug auf die deutschen Zahlungen und die Kontrolle in Deutschland beunruhigt, weil sich daraus Folgen für die Stellung Amerikas gegenüber der Reparationskommission in Deutschland ansehend eine sehr weitreichende Kontrolle erziehen würde, die auch dazu führen würde, die amerikanischen Interessen zu beeinträchtigen.

## Wegfall der Inflationsteuer.

Dafür zwei Prozent Umsatzsteuer.

Der Plan der vielschichtigen, eine Sonderbesteuerung des Zeitungsgewerbes darstellenden Inflationsteuer ist fallengelassen worden. Am 1. April wurde bei dem Gange der Beratungen über das Steuerkompromiß die Inflationsteuer als obsolet: Die Steuer sollte nach der Vorlage eine Erhöhung der Sätze bis auf vier Prozent nach oben je nach Umsatz einbringen. Die Deutschnationalen hatten einen Antrag eingebracht, die Inflationsteuer für die ersten 200 000 Mark des vierteljährlich veranschlagten Entgelts auf 1 Prozent, für die nächsten 200 000 Mark auf 1 1/2 Prozent zu ermäßigen. Am 1. April sollte eine zweiperzentige Besteuerung eintreten. Der Antrag wurde abgelehnt. Dafür verlangte ein Antrag des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Böhmerischen Volkspartei mit den Stimmen einiger Deutschnationaler, der Volkspartei, Demokraten und des Zentrums zur Annahme, der

die besondere Inflationsteuer befristet und durchweg zwei Prozent Umsatzsteuer dafür ansetzt. Mehrheitssozialisten und Böhmerische Volkspartei stimmten geschlossen gegen den Antrag, der die Mehrheitssozialisten nur infolge eines Verbleibens unterzeichneten. Da diese Umsatzsteuer für die nächsten Jahre, einmal sie gegenüber den größeren Werten infolgedessen benachteiligt werden, als sie mit der gleichen prozentualen Steuerquote auch bei dem kleinste Umsatz belastet werden wie die Kleinstunternehmen.

## Der übermäßige Papierpreis.

In Berlin fand im Reichstagsgebäude eine Sprechstunde statt, an der Vertreter aller Parteien der Reichsregierung teilnahmen und des Reichsfinanzministeriums teilgenommen. Es wurde dabei der Umfang besprochen, daß vom 1. April ab eine weitere ganz ungewöhnliche Zunahme der Papierpreise, etwa von 8 auf 13 Mark droht, und es wurden die daraus sich ergebenden Gefahren für die Überwindung der deutschen Krise mit ausländischem Kapital, das Eingehen dieser kleineren und mittleren Zeitungen und eine damit verbundene starke Arbeitslosigkeit im Buchdruckerwesen behandelt. Die Reichsregierung hat das Reichsfinanzministerium und die Parteirepäsentanten, politische Maßnahmen im Reichstage zur Annahme zu bringen, von denen besonders ins Auge gefaßt werden: 1. eine Ausfuhr-

und ein starkes Wechselkursgebot, zwei wesentlichen, die die von dem heimischen Standpunkt an mir begreiflich und verständlich sind. Bruno nickte ein wenig verwundert, und Hildegard fuhr fort, während sie ganz ruhig weiterredete, als handelte sich um eine ganz oberflächliche Rede über alltägliche Dinge. Dazu kommt nun etwas, was ich beinahe als fantastisch bezeichnen möchte, denn es läßt mich nicht los und verlorst mich wie eine fixe Idee, und zwar das glückliche Bedürfnis, eine Infamie, die an mir befestigt worden ist, verjagt und gestrichelt zu wissen. Eine Infamie? — An dir? — schälte Bruno ein und zwang sich in Ton und Haltung zu äußerster Ruhe, obwohl ihm das Herz unruhig zu klopfen begann. — Ja, eine Infamie, wie sie niedriger und peinigender gar nicht gedacht werden kann. Und zwar nicht nur an mir, sie ist befestigt worden, sondern auch an einem anderen, und nicht zuletzt an dir. Wir haben uns wie gute Freunde miteinander ausgesprochen, Bruno, haben einen neuen Pakt fürs Leben miteinander geschlossen, und ich glaube annehmen zu dürfen, daß wir beide uns sehr wohl dabei befinden. Deshalb kann ich gerade heute in dir den einzigen Bundesgenossen finden, den einzigen Menschen, auf der Welt, der mir launisch ist, mit meine volle Liebe zu übergeben.

Da bin ich aber neugierig, um was es sich handelt! Hildegard sagte mir, er sei Bruno: — Um eine würdige Waise! Ich bin ein vornehmer Mensch, um eine Art edlerer Selbstverleugung des Gatten der Frau gegenüber, die er liebt. Du weißt, daß ich verlobt war, bevor du in mein Leben tratest, ich schickte dir, daß ein Verlobter, Herrst du das Reich, fortsetzte, um eine Position zu finden, die es ihm möglich machen konnte, die Welt heimzuführen, und daß mir in unerbittlicher Korrespondenz blieben, wie ich selbstverständlich finden. Als seine Briefe ausblieben, begann mein Warten, um seine Wiederkunft zu erwarten, wie ich dich in den Toten, glaube ich, jedes Gebens unermüdet und würde deine Gattin. Unser Briefwechsel

## Sammelmappe für bemerkenswerte Tages- und Zeiterelände.

- \* Die deutsche Regierung protestierte in einer Note an die Washingtoner Regierung den unzulässigen Gang, den die Deutschen in Oberfranken bei der Interalliierten Kommission finden.
- \* Der Reichsverband der Deutschen Presse wendet sich in einem Aufruf gegen jede Sonderbesteuerung der Zeitungen und gegen die hohen Papierpreise.
- \* Die Londoner Sachverständigenkonferenz entschied sich für den Abschluß eines Vertrages zur Wiedereinnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Ausland.
- \* Der amerikanische Volschalter in Paris überreichte Volschalt die Note seiner Regierung wegen der Befragungsnoten.

perre für deutsches Papier, 2. soweit die Ausfuhr nach genehmigt wird, eine Verrechnung von Auslandsgewinnen auf die Inlandspreise, 3. eine öffentliche Veranschlagung des Papiers und aller zum Papier gehörigen Stoffe.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Fahrpreisermäßigung im Urlaub? Die hohen Eisenbahntarife machen für viele Angestellte und Arbeiter die Ausübung des Urlaubs zu einer Erholungsreise unmöglich, außerdem bedürfen die Urlaubsverhältnisse selbst einer allgemeinen Regelung. Die Angelegenheit ist jetzt von dem unabhängigen Abgeordneten Künzler zum Gegenstand einer Anfrage im Reichstag gemacht worden, in der Auskunft darüber verlangt wird, wann die Regierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf auf eine reichsweite Regelung der Urlaubsberechtigungen vorgelegt hat, und ob sie bereit ist, den Lohn- und Gehaltsempfängern, die heute schon in den Genuss eines Urlaubs kommen, gegen entsprechende Legitimation auf den Eisenbahnen eine Fahrpreisermäßigung zu gewähren. Die Ausübung der neuen Beamtengehälter.

Entsprechend den Abmachungen mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen werden Beamten und Angestellten die neuen Lohn- und Gehaltsverhältnisse ab dem 1. April ausgearbeitet werden. Das über die Regelung am 1. April ausgearbeitet werden. Das Reichsfinanzministerium hat für sämtliche nachgeordneten Reichsämtern tabellarische Listen fertigen lassen, so daß die Kosten der Behörden im Reich ohne Schwierigkeiten die entsprechenden Sätze zu zahlen inlande sind. Diejenigen Beamten, die einen besonderen Antrag stellen, sollen noch in diesem Monat einen Vorstoß auf die neuen Gehälter erhalten.

### Griechenland.

Vor dem Frieden mit der Türkei. Nicht freiwillig, sondern auf Anordnung der Entente soll nun der griechisch-türkische Krieg beendet werden. Die in Paris tagende Konferenz der Vorkonferenz der Entente hat beschlossen, ein gemeinsames Telegramm an die Regierungen von Konstantinopel, Ankara und Athen zu senden. In diesem wird vorgeschlagen, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die Truppen sollen beiderseits die Hauptlinien, die sie augenblicklich innehaben, weiter besetzt halten, doch werden die vorgezeichneten Teile zurückgezogen. Die Dauer des Waffenstillstands soll ohne vorherige Benachrichtigung bis zu der Ausrückung des Präliminarfriedens erneuert werden.

### Nord-Amerika.

America verlangt seine Befreiung. Der Volschalter der Vereinigten Staaten in Paris hat Rückmeldung die Note der Washingtoner Regierung über die Ausrückung der Befreiung des amerikanischen Heeres am linken Rheinufer überreicht. Die amerikanische Regierung legt darin dar, daß sie alle militärischen Vorstände eingezogen werden, die getrennt seien, eine vernünftige Regelung der Zahlungen, die den Vereinigten Staaten für die Kosten ihrer Besatzungsbereitschaften würden, herbeizuführen. Die Note verzögert darauf, für die Wiederherstellung eine Frist zu stellen.

DA Berlin. Der Reichsminister des Innern, Dr. Brücker, hat dem Reichstage eine Druckschrift vorlegen lassen, die 17 Fälle von Hindernis der Verfassungsmäßigkeit und der freien Willkürsanktion u. a. durch politische Gegner in der Zeit von Ende August bis Ende September v. J. zusammenfaßt.

## Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Kasper.

67]

Das hoffe ich auch, und zwar von Herzen. Und wenn du selbst den guten Willen mitbringst, wird's schon gehen, und besser, als du denkst. Seit du dein Geheimnis dir vom Herzen abgehüttelt hast, bist du schon eine ganz andere geworden. Daß ich damals unter dem Verleumdung von den Lippen der Frau, die ich liebe, gegen einen Mann, der mich liebte, den ich liebte, mit einem Willen kommt man über alles hinweg. Ich liebe nicht mehr, — und ich glaube, du kannst dich über den hübschlichen Freund an deiner Seite, dem du dich anvertraut hast, waschentlich nicht belagern!

Damit hielt er ihr die Hand hin, in die Hildegard lächelnd die Hände legte.

Mein Bruno, du bist wirklich ein seltener Mensch, der mir immer ein neues Bewußtsein schenkt. Vergibt dir diese heidnische Anerkennung?

Vollkommen! Bedenke von dir, die nicht mit solchen Abzügen um sich wirft.

Und nun, ich, Bruno, sagte sie ruhig, während sie weiter die roten Seidenfäden ihrer Schürze fuhr, daß sie ne Meinen Zug — nun komme ich heute mit einer Bitte zu dir.

Du hast eine Bitte? — Du — eine richtige Bitte? — Damit richtete er sich aus seiner bequemen Lage auf und sah seine Gattin erstaunt und erwartungsvoll an. Das überhört mich nicht wirklich und zwar im höchsten Grade angenehm und im voraus ist sie natürlich erfüllt. Das bedarf gar keiner Worte.

Ich habe dir, Bruno. Aber esche du sie erfüllst, mußst du sie angehen lassen. Ich muß dich aber vorher etwas befragen, das dich vielleicht überfordern wird. Ich bin nämlich nicht im entzweiten so gut, wie du glaubst, habe nicht das laute Lachengemisch der normalen Frauen, das du vielleicht stets bei mir vorausgesetzt hast. An mir liegt, das weißt du, ein unwidriges Wechselkursbedürfnis

ist von einem inneren Scherker unterworfen worden, was ich angehen lassen möchte, die Verwundungsmenge ist gefüllt, wir alle drei mit einem Spinnweb ohne gleichen, um unser Leben betrogen worden!

Wie kommt es dazu? — Wo es kannst du glauben, fragte Bruno, der leuchtend geworden war und seine Fassung einen Augenblick verlor, denn das alles kam so plötzlich so unvorhersehbar über ihn, daß ihm seine sonstige Schärferfertigkeit im Stich ließ.

Du meinst, auf was Vermutungen ich erbehe ich meine Anlage? — Von wem weißt du — aber richtiger — wer hat dir gefügt?

Verder selbst! Ich habe ihn gelobt! — Bruno brang an, daß der Scherker zurückließ — auch Hildegard, die stützte sich langsam empor, immer mit der gleichen unerwartlichen Ruhe und fuhr unerbittlich fort, da der Bismarck sein Wort fand, um sie zu unterbrechen:

Sei ganz unbefangt, Bruno, diese Begegnung hat einem Mendezos nicht ähnlich. Über Auge in Auge haben wir uns ausgesprochen und das Schicksal hat es so gewollt. Im Waide sind wir uns begegnet, im Waide haben wir uns nicht voneinander genommen, und unter den Tannen drängen im Grund liegt die Erinnerung an die Zeit der Jugendliebe begraben. Ich bin keine Frau, die ihren Gatten betrügt, wenn sie ihn achtet, wie ich es tue. Selbst und ich werden uns nie wieder begegnen und jeder wird das zu tragen wissen, was über ihn verhängt ist. Aber von dir erblicke ich abgesehen, hat es mich nicht gefügt. Ich bin zurückgekommen und die heimliche Qual der Zweifel von mir zu nehmen, und bis ans Ende meines Lebens will ich dir dankbar sein. Als Ehrenmann fordere ich von dir die Erfüllung deiner Pflicht, hart, rücksichtslos, wie es deine Art ist, und beher vor dir reichlich Klage gegen den Genden, der mit zu feiner Bosheit in mein Privatleben eingedrungen ist und an zwei Menschenleben einen Schaden verursacht hat.

(Fortsetzung folgt.)

# Deutscher Reichstag.

(Aus der 194. Sitzung.)

Zuerst wurde der Vertrag zum Abschluß der englischen Donauakte dem auswärtigen Ausschuß überwiesen, und dann ging man zur zweiten Beratung des

## Kohlensteuergesetzes

über. Die bisherige Kohlensteuer soll nach der Regierungsvorlage von 20 Prozent auf 40 Prozent erhöht werden. Der Ausschuß erklärte sich damit einverstanden. Die Reichstagskammer beantragte 30 Prozent, die Unabhängigen wollen die Hausbrandsteuer für Personen unter 50000 Mark Jahresverdienst freier lassen.

Staatsrat Dr. Jost erklärte, daß die Regierung bereit sei, in einzelnen Fällen die bestimmten Anordnungen bei besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu gewähren.

Herr Dr. (Deutschland) empfahl den beschleunigten Antrag. Die Annäherung der Kohlenpreise an den Weltmarktpreis ist erst möglich, wenn sich die deutsche Wirtschaft konsolidiert habe. Wenn würden 40 Prozent Kohlensteuer nur zu einer unrentablen Vertiefung der Produktion führen. Leider sei die erzielte Verbilligung des Hausbrandes für die ärmere Bevölkerung praktisch nicht durchführbar.

Herr Dr. (L.) erklärte, nach den bisherigen Erfahrungen ist es zu erwarten, daß durch die Erhöhung der Kohlensteuer eine sehr scharfe Preissteigerung und sehr großer Preiswucher eintreten wird. Deswegen haben wir unsern Antrag über die Freilassung der Hausbrandsteuer gestellt.

Herr Dr. (Komm.) bekämpfte die Vorlage. Die ganze Steuererhebung sei eine wahre Plünderung und nimmere auch schon über den Kaufen geworben durch die Note der Reparationskommission. Die 60 Milliarden neuer Steuern sollen bis Ende März unter Dach und Fach sein. Wie wollen Sie angesichts dieser Forderung Ihre Steuerpolitik beibehalten?

## Der Hausbrand.

Herr Dr. (Soz.) stellte fest, daß die Bergarbeiterlöhne in demselben Verhältnis wie die Kohlenpreise gehalten sind. Die Verteilung des Hausbrandes sei leider wegen der daraus für die Kohlenlieferung an Frankreich erheischenden Folgen nicht durchführbar. Die innenpolitische Lage macht leider die Erhöhung der Kohlensteuer auf 40 Prozent unüberwindlich.

Herr Dr. (L.) erklärte, daß die Erhöhung der Kohlensteuer eine sehr hohe Kohlensteuer auf die Erzeugung der künftigen Dingen stellen würde.

Herr Dr. (Komm.) beantragte die Erhöhung der Kohlensteuer wird uns gegen unsere Willen aufzwingen.

Herr Dr. (Soz.) erklärte, daß die Erhöhung der Kohlensteuer, wonach die Regierung eine Gegensteuer zur Umverteilung des schwer liegenden öffentlichen Wirtschaftslebens vorsehen soll.

Herr Dr. (Komm.) verlangte Steuerfreiheit für den Hausbrand.

Herr Dr. (Komm.) stimmte in einer kurzen Erklärung der Vorlage zu, die dann nach den Ansuchen der Mitglieder der Kommission angenommen wurde, daß die Steuererhebung am 1. April in Kraft treten soll.

Vorgekommen wurde auch die Einbringung der 11. und 12. Sitzung des Reichstages. Alle weiteren Änderungsanträge wurden abgelehnt. Während dieser Sitzung kam es zu

## Ärmenden Aufrufen.

well die Abgeordneten Dr. Böhm und Dr. Höllein (Komm.) nach geschlossener Aussprache noch das Wort verlangten und der den Vorsitz führende Reichstag es ihnen verweigerte. Der Abgeordnete Dr. Höllein beantwortete die Wortverweigerung mit lauten Verwünschungen gegen den Reichstag und die Mehrheit. Deswegen wurde er zum 1. und 2. Mal aus dem Saal verwiesen.

Nunmehr kam man zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Verbrauchsteuer, Bier-, und Zuckerversteuer. Die Zuckerversteuererhöhung wurde angenommen, nachdem sich die Abgeordnete Dr. W. (L.) und Dr. (Komm.) dagegen ausgesprochen haben.

Die Biersteuer soll nach der Ausschussvorlage geteilt werden. Unter heftigen Angriffen gegen die Sozialdemokraten wurde sich Herr Dr. Höllein (Komm.) gegen die Vorlage. Die Biersteuererhöhung wurde schließlich nach den Ansuchen der Sozialdemokraten angenommen. Sie tritt am 1. Mai d. J. in Kraft.

Die Mineralwassersteuer soll nach der Vorlage erhöht werden für das Bier bei Mineralwasser auf 10 Pf., Limonaden 20 Pf., konzentrierten Limonaden auf 2 Pf., und bei Grundstoffen zur Herstellung von konzentrierten Limonaden 40 Pf. Die Vorlage wurde in der Sitzung des Ausschusses angenommen.

Es folgte die Vorlage über die Erhöhung der Zuckerversteuer. Auch hier wollten Unabhängige und Kommunisten von der Steuererhöhung nichts wissen. Die Vorlage wurde jedoch angenommen.

Die letzte der noch zur Debatte stehenden Vorlagen, der Gesetzentwurf über Erhöhung von Zöllen, wurde von

## Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Bähler.

68] (Nachdem verboten)  
„Du kannst mir helfen, wenn du willst, der Staatsanwalt ist kein Freund, ihm stehen alle nur denkbaren Mittel zur Verfügung, er hat das Recht, zu suchen, zu fragen, zu forschen — und Antwort muß ihm werden! Das nötige Material ist gefastet und geordnet und werde ich es dir übergeben! Willst du meine Bitte erfüllen, willst du alles tun, um den Schuldigen zu erfahren und ihn dem Gesetz zu überliefern?“  
„Schwierig ist nicht“ erwiderte Bruno, der längst kein äußeres Gleichgewicht zurückgefunden hatte, unter allen Umständen will ich das, wäre es auch nur, um dir zu beweisen, daß es Verbrecher gibt, die schäurer und raffinierter sind, als wir mit all unserer erblinden Weisheit. Ich stelle mich dir ganz zur Verfügung, und sobald nur zurückkommen, nehm ich die Sade in die Hand.“  
„So las uns gehen, meine ich!“  
„Wagst du schon?“  
„Um liebsten noch heute!“  
„Also gut — Ganz wie du willst!“  
„Ich danke dir!“  
Sie reichte ihm die Hand, die er galant wie immer an seine Wange führte, und während er sich niederbeugte auf die Knieen, wusch er seinen Fingern all langsam ein seltsames, langer Blick ihrer Augen, aber ihr Blick, der ihm elendete hätte bis ins innerste Mark, wenn er ihn hätte sehen können.

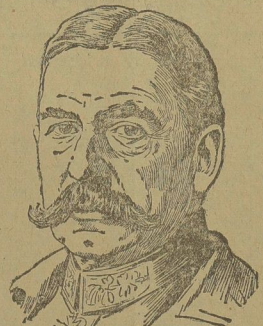
Dann zog Hildegard sich zurück, um für den Mittag ein wenig Ruhe zu machen, und ließ Bruno allein zurück. Aber er war nicht allein. Seine Gedanken waren bei ihm, und damit hatte er Gesellschaft genug — und eine recht wenig angenehme dazu. Denn nicht nur er erinnerte sich an die Hand an die Stirne, die ihm schmerzte, als hätte ihm jemand mitten hinein einen Nagel getrieben, sondern er fühlte sich in sein Gehirn bohren. Er trat an die Wäsche der Betende und blickte hinunter auf die grüne

dem kommunikativen Weg, wenn er zu einer Obstruktion bedient. Die Rede dauerte länger als drei Stunden.

## Die Not der Zeitungen.

Der Reichsverband der Deutschen Presse (Verbandsorganisation der deutschen Journalisten) weist erneut auf die von Regierung und Parlament längst anerkannte Notlage der Presse hin, die in nächster Zeit zu einer Katastrophe für alle am Zeitungsberuf Beteiligten führen muß.

Er fordert Aufhebung jeder Sonderbesteuerung der Presse, eine ihren berechtigten Interessen entsprechende Berücksichtigung bei Festsetzung der Post- und Eisenbahntarife und Maßregeln gegen die ungeheuerliche Preissteigerung auf den Gebieten des Holzpreises, des Zellulosepreises und des Papierpreises sowie Sperrung der Ausfuhr von



Generaloberst von Hauken, der kürzlich verstorbenen deutsche Heerführer aus dem Weltkrieg.

Papier und Zellulose, so lange nicht das Papier für die deutsche Presse zu einem erträglichen Preise geliefert wird.

Der Reichsverband der Deutschen Presse hält es für die Pflicht der Regierung und der Volksvertretung, die deutsche Presse als ein hohes nationales Kulturgut vor dem Zusammenbruch zu schützen und dem deutschen Volke in seinem künftigen Zusammenleben keine Presse als eines der härtesten Verleumdungen im Wiedererbaue und eine der besten Waffen bei der Abwehr fremder Übergriffe zu erhalten.

Wenn die Presse wie bisher ohne Berücksichtigung ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit nur als geeignetes Steuerobjekt behandelt und gegenüber der Verbotsung durch Zurechtlassen von Subventionen gelassen wird, so ist nicht nur die Existenz vieler Betriebe und damit die Produktionsfrage von Hunderttausenden von Arbeitern, Schriftstellern und anderen im Zeitungsberuf Beschäftigten unüberwindlich, sondern auch das Sinken des bisherigen hohen Standes der deutschen Presse in gefährliche Höhe gerückt. Damit wird die deutsche Presse für ihre hohe Aufgabe im Dienste des deutschen Volkes unzulänglich gemacht und der Würdevolligkeit, dem Eindringen fremder Interessen und der Korruption die Tür geöffnet.

## Von Nah und fern.

Erweiterung des Visafunktionsgesetzes. In dem Bericht mit dem zunächst zwischen Berlin und Hamburg eingehenden Visafunktionsgesetz nehmen jetzt auch Bremen, Breslau, Dortmund, Frankfurt a. M., Hannover und Leipzig teil, so daß zwischen allen diesen Orten — einschließlich der Vörlin — Visafunktionsgesetz ausgetauscht sind.

Verlobung des früheren Reiches zur Lippe. Der frühere Reichsrat Dr. L. zur Lippe hat sich mit der Prinzessin Anna zur Lippe-Weiching, Prinzessin von Venedig und Württemberg, verlobt. Die Braut ist die Witwe des im September 1914 gefallenen Prinzen Ernst zur Lippe-Weiching.

Nasenläche, die sich im Sommerhine längs des glühenden Flusses hinzog, wo lüftiges Lachen heraufscholl, helle Kleider schimmerten und die Tennisbälle durch die Luft flogen. Das sinnlose Treiben wieder ihn an. Er nahm Hut und Stod und verließ das Hotel. Schnellen Schrittes ging er über die Schaulisse und entlang den Bahnen ein, der ganz einlamm diese Zeit war. Und keine Gedanken begte sich ihm und wanderten treulich neben ihm her.

Was sollte er tun? Was mußte zunächst geschehen, um die Spuren des Vergangenen zu verwischen, so daß sie nicht mehr aufzufinden waren? Sein verwischten mußte er sie der Frevler mühte unerbittlich bleiben, und wenn es ihm sein ganzes Vermögen gekostet hätte. Und mit Geduld konnte man in so eine Nacht sein, konnte alles! Man mußte das besser, als der Herr Graf Scherzhaft! Wie die ruhelosen kleinen Weibchen eines jeden Amteienhauens, so wirbelten die Denkerpaar seines Gehirns durcheinander. Ihm fiel das Bild ein, wie er vor einigen Tagen mit seinem Stod mitten hineingetreten hatte in das automatisch gesehene Getriebe. In vollem männlicher Intelligenz war da alles durcheinander gerannt, überander hergestrichen in topfloser Bewirrtung, in zarterer Flucht.

Und als er am nächsten Tage vorbeifam, war alles wieder in gewohnter Ordnung die alle Straße gezogen. Nur Zeit mußte er gewinnen. War er nur erst wieder Herr seiner Gedanken, so war er auch wieder Herr der Situation!

Zur gleichen Zeit lag Hildegard mit hochgehebelten Wangen vor ihrem Schreibtisch im Zimmer, nachdem sie sich eingeeigert hatte, und schrieb mit fester Hand nur wenige Zeilen, die weder eine Übersicht noch Unterzeichnung begleiteten.

„Gute Nacht, wie Du gewünscht.“ — Wirkung übernehmend! So steht das erwarpte Verbrechen, das sich übermüdete Gemüthen aus, wenn es die Gewalt eines Menschen annimmt. Wir reisen morgen ab. Erwarte näheres. Vorwärts!“

Sie fuvertierte das Papier, verließ es mit der Uebere und lies es, als sie die Treppe zum Speisesaal hinabstieg.

sch. Auch der Herr, der im 51. Lebensjahre steht, war schon verheiratet.

Studenten als Bergleute. Aus Okerfeld (Kreis Neudamm) wird gemeldet: Vor kurzem sind auf den hiesigen Jahen 187 Studierende der Universitäten Heidelberg, Marburg, Göttingen, Münster und Köln eingetroffen, um im Bergbau zu arbeiten und auf diese Weise die Mittel zur Fortsetzung ihrer Studien zu verdienen.

Neuzeitliche Kaufmannschaft im Ausland. Seit einiger Zeit sind im Rheinland seltene Zahlenfranchisen im Umlauf. Die deutsche und französische Polizei besahen sich eifrig mit der Angelegenheit und verfolgten gewisse Spuren, die nach Genf führen. In der Angelegenheit sind in Frankfurt a. M. bereits acht Personen verhaftet worden.

Folgen schwere Explosion. Im Munitionszentrallager in Stauffen bei Glogau explodierte eine Mineinfuhr. Mehrere Arbeiter wurden getötet und verkrüppelt. In dem 8 Kilometer entfernten Glogau wurden zahlreiche Schaufenster durch die Detonation zertrümmert.

Mord auf der Landstraße. Wie aus Genf berichtet wird, wurde auf der Chaussee zwischen Freiburg und Mühldorf ein Fuhrwerksbesitzer erschlagen. Die Mörder spannten drei Pferde aus und entfernten sich mit ihnen in der Richtung auf Hohenfelsheim.

Rätermord. In Schwegenheim bei Ludolfsdalen vergiftete die 16jährige Käthe Anoll ihren Vater, den Maurer Georg Anoll, weil dieser ein Verhältnis des Vaders mit einem jungen Burken nicht dulden wollte.

Ranzen will nicht Ehrenmitglied der Sowjets werden. Das Oberkommando des Internationalen Komitees für die Unabhängigkeit in Genf teilt mit, daß die Sowjetregierung Ranzen telegraphisch den Titel eines Ehrenmitgliedes des Moskauer Sowjets angeboten habe. Dr. Ranzen habe jedoch abgelehnt, da seine vornehmlich internationale Stellung es ihm verbiete, sich in die Politik irgend eines Landes einzumischen.

Berlin. Die neuen Kartmünzen zu 1, 2, 3 und 5 Mark werden voraussichtlich im April in den Verkehr gebracht werden. München. Die Verleger großer bayerischer Fabrikplanen, mit bedeutenden Mitteln eine eigene Papierfabrik a. O. zu gründen.

## Vom Lohnkampfplatz.

Berlin. In Zusammenhang der oberten Beamten. Die Berlin raten die Beamten der Organisationen der oberen Beamten im Dienste des Reiches, der Länder und der Gemeinden zusammen, um die die Ammänner, Oberinspektoren, Inspektoren und Oberlehrer betreffenden Fragen des Beamtenrechts, der Beurlaubung der Schüler und der Erziehung des Deutschen Beamtenstandes zu betreiben. Die Versammlung leichten den Streit als staatsgefährlich und mit dem Beamtenstand unvereinbar ab; sie kamen zu dem Schluß, daß die letzte Organisation unzureichend ist und eine besondere Vertretung der oberen Beamten geschaffen werden mußte.

## Für heut und morgen.

Ansprache von Chinaausländern. Alle Personen, die vor Ausbruch des Krieges in China (14. 8. 1917) in einem Dienstverhältnis zur chinesischen Regierung gestanden haben (als Offiziere, Jolls, Finanz, Markt-pp. Beamte oder Angestellte) werden erucht, ihre sich aus diesem Dienstverhältnis etwa ergebenden Ansprüche unverzüglich bei der Zentrale des Bundes der Auslandsdeutschen, Berlin G. 2, Klosterstr. 75, anzumelden.

## Gerichtshalle.

Die Lebensmittelposten der Gräfin Wartenstein. Die schwerer vielbesprochene Angelegenheit der Gräfin Klara von Wartenstein beschäftigte in zweiter Instanz eine Berliner Strafkammer. Die Gräfin, die neben ihrem Gatte Wartenstein eine Wohnung in Berlin besitzt, hatte die ihr zuzurechnenden Lebensmittelposten auch während ihrer Anwesenheit auf dem Gute nicht zurückgegeben, sondern sie ihrer Dienerschaft überlassen. Auch hatte sie sich und ihre Bedienten Milch und Butter gekauft. Wegen dieser Vergehen hatte sie ein Strafmandat für 12000 Mark erhalten. Sie beantragte gerichtliche Entscheidung, in der Annahme, daß die Strafe herabgesetzt würde. Das Schöffengericht Berlin-Mitte erkannte aber nunmehr auf eine Geldstrafe von 60000 Mark. In der Berufungssitzung machte die Gräfin geltend, daß sie von einem Rechtsanwalt durch ihren Verwalter den Befehl erhalten habe, daß sie zum Bezug der Lebensmittel berechtigt ist. Der Staatsanwalt behauptete das Verhalten der Angeklagten als unmoralisch und beantragte eine Geldstrafe von 16000 Mark. Die Strafkammer erkannte auf eine Geldstrafe von 12000 Mark.

schnell in den allgemeinen Volkstakt gleiten. Dann trat sie mit uns angenehmen Gesicht unter die übrigen.

Mittagsruhe und sonnige Stille lag über den Höfen und Wägen des häßlichen Krankenhauses. In dem dichten Gehäck dickerer Bäume amputierten die Vögel, und der kleine Springbrunnen plätschete — so monoton — so distret — als wollte er seine ganze Umgebung samt in wüßigen Schlaf wiewen.

In einem der kühleren, höhlenartigen Zimmer im zweiten Stock lag Betty hunched am Fenster in dem bequemen Rohrstuhl, hatte den Kopf auf die Wand gestützt und blickte hinunter über den weissen, sonnenbedientenen Hof, an den Wänden und dem Springbrunnen vorbei nach der hohen Gittertür des Einganges, die er von hier aus genau sehen konnte. Auf dem Fensterhalm im Orte fanden ein paar vorläufige dunkelrote Blüten, die Gretel ihm gelten mitgebracht hatte, und die mit weichem Duft das ganze Zimmer durchdrangen.

Er war heute zum ersten Male aufgestanden. Man hatte ihm gesagt, er sei nun wieder gesund. Und er war's ja wohl auch, denn die Wunden waren geheilt, faum, daß man die Narben mehr fühlte. Aber müde war er, unbeschreiblich müde, wie ein hilfloses Kind, und der Weg war seinem Mut bis hierher zum Fenster war ihm wie ein bewunderlicher Spassvorgang erschienen. Und die Wunden tief in seinem gebeimten Zimern wollte sich nicht schließen, die fälschlich von neuem aufgerissen wurde, wenn Gretel kam, um mit ihm zu plaudern, und ihm von dem glüklichen Menschen zu erzählen, dem er seine Rettung verdankte. Und wenn sie nicht von ihm sprach, so fing er selbst an, über diese für ihn unerträglichsten Dinge zu reden, denn es geuante ihm eine gramlose Botschaft, sich selbst zu quälen, kein Zimmerles mit einer Geißel der heimlichen Dube zu zerflechten.

(Fortsetzung folgt)



